

Der Bundeshaushalt 1967

Der nunmehr vorliegende vorläufige Gebarungserfolg erlaubt erstmalig einen Überblick über den Bundeshaushalt im Jahre 1967. Vergleiche mit dem Rechnungsabschluß 1966 und dem Voranschlag 1968 lassen die Dynamik des Budgets und seine konjunkturpolitische Funktion erkennen.

Der Bundeshaushalt hatte 1967 einen Abgang in der Gesamtgebarung von 7,7 Mrd. S, der durch Kredite finanziert werden mußte. Der Abgang war der bisher größte in der Nachkriegszeit und doppelt so groß wie in den beiden Jahren vorher (1966 3,7 Mrd. S, 1965 3,9 Mrd. S). Scheidet man Schuldentilgungen und Auslandstransaktionen aus, die nicht oder bestenfalls mittelbar die heimische Nachfrage und damit die Konjunktur beeinflussen, so verbleibt ein inlandwirksames Netto-Defizit von 4,3 Mrd. S (1966 0,9 Mrd. S). Das sind 5% der Budgetsumme oder 1,6% des Brutto-Nationalprodukts. Die Bereitschaft des Bundes, ein größeres Defizit in Kauf zu nehmen, trug ähnlich wie 1958 (damals erreichte das Netto-Defizit 11% der Budgetsumme und 3,4% des Brutto-Nationalprodukts) maßgeblich dazu bei, daß sich die Konjunkturdämpfung in mäßigen Grenzen hielt. Ohne eine konjunkturorientierte Budgetpolitik hätte das reale Brutto-Nationalprodukt 1967 stagniert oder wäre sogar zurückgegangen.

Das hohe Budgetdefizit war nicht von vornherein geplant, sondern kristallisierte sich erst im Laufe des Jahres heraus. Der Bundesvoranschlag 1967, der im

Herbst 1966 unter der Annahme einer normalen Konjunktur erstellt wurde, sah eine annähernd konjunkturneutrale Gebarung vor (das Brutto-Defizit entsprach etwa den Ausgaben für Schuldentilgungen). Beträchtliche Mehrausgaben für Investitionen, die aus wachstumspolitischen Erwägungen für notwendig erachtet wurden, sollten durch Abbau von Preisstützungen und Erhöhung von Tarifen finanziert werden. Konjunkturpolitische Erwägungen wurden erst bei der Budgetdurchführung aktuell, als sich die Konjunktur entgegen den ursprünglichen Erwartungen rasch verschlechterte. Obwohl die Steuereinnahmen vorwiegend konjunkturbedingt beträchtlich hinter den Erwartungen zurückblieben, wurde die Lohn- und Einkommensteuer ab 1. Oktober 1967 gesenkt, die veranschlagten Ausgaben wurden voll durchgeführt und zusätzliche Ausgaben beschlossen. Auf die Möglichkeit, das Gleichgewicht im Bundeshaushalt durch Kürzung der nicht durch Spezialgesetze geregelten Ausgaben zu sichern, wurde im Hinblick auf die schwache Konjunktur bewußt verzichtet. Dementsprechend stiegen die Gesamtausgaben mit 11% weit stärker als das nominelle Brutto-Nationalprodukt (6%) und auch um 2% stärker

Der Bundeshaushalt seit 1966

	Ausgaben			Einnahmen			Überschuß (+), Abgang (-)		
	1966 Erfolg	1967 vorläufiger Erfolg Mill S	1968 Bundesvor- anschlag ¹⁾	1966 Erfolg	1967 vorläufiger Erfolg Mill S	1968 Bundesvor- anschlag	1966 Erfolg	1967 vorläufiger Erfolg Mill S	1968 Bundesvor- anschlag ¹⁾
Ordentliche Gebarung									
Hoheitsverwaltung	50.795	55.523	61.105	52.875	54.959	59.854	+2.080	-564	-1.251
Monopole	773	822	884	1.307	1.315	1.392	+534	+493	+508
Betriebe	7.432	8.799	8.405	6.826	8.013	8.193	-606	-786	-212
Bundesbahnen	9.960	11.164	11.563	7.530	7.981	8.215	-2.430	-3.183	-3.348
Zusammen	68.960	76.308	81.957¹⁾	68.538	72.268	77.654	-422	-4.040	-4.303¹⁾
Außerordentliche Gebarung									
Hoheitsverwaltung	2.643	2.807	2.944	25	33		-2.618	-2.774	-2.944
Betriebe	655	937	938	-	-		-655	-937	-938
Zusammen	3.298	3.744	3.882¹⁾	25	33		-3.273	-3.711	-3.882¹⁾
Gesamterfolg	72.258	80.052	85.839¹⁾	68.563	72.301	77.654	-3.695	-7.751	-8.185¹⁾
Anlehensgebarung	2.788			6.204			+3.416	+7.808	
Unwirksame Gebarung	808			1.179			+371		
Veränderung d. Kassenbestände							+427		

¹⁾ Einschließlich des halben Eventualbudgets

ker als im Voranschlag vorgesehen war. Dagegen wuchsen die Einnahmen trotz Tarifierhöhungen nur um 5,5% und blieben um fast 4% unter dem Voranschlag.

Ausgaben

Die *Gesamtausgaben* des Bundes waren 1967 mit 80 05 Mrd. S (davon 3 74 Mrd. S im a. o. Haushalt) um 7 79 Mrd. S oder 11% höher als 1966. Vom Mehraufwand entfielen 3 39 Mrd. S auf das Personal, 1 93 Mrd. S auf Investitionen, 0 97 Mrd. S auf Zuschüsse an die Sozialversicherung und 0 68 Mrd. S

auf familienpolitische Maßnahmen. Nennenswerte Einsparungen waren nur bei den Subventionen (—0 48 Mrd. S) und im auslaufenden Kapitel „Staatsvertrag“ (—0 20 Mrd. S) möglich.

Der *Personalaufwand* erhöhte sich um 13% (3 39 Mrd. S) auf 28 74 Mrd. S. Davon entfielen 20 87 Mrd. S auf Aktivbezüge und 7 87 Mrd. S auf Pensionen. Die Personalkostentante (Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben) stieg auf 36% (1966 und 1965 je 35%). Die auffallend starke Steigerung der Personalkosten erklärt sich hauptsächlich daraus, daß die öffentlich Bediensteten am 1. Jänner (2 1/2%) und am 1. August (7%) Gehaltserhöhungen sowie zweimal Sonderzahlungen von je 400 S erhielten. Außerdem wuchsen die Personalstände, teils weil die Einführung des 9. Schuljahres den Bedarf an Lehrern steigerte, teils weil die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt verschiedene Dienststellen (z. B. Post, Gendarmerie) erstmals in die Lage versetzte, ihre Planstellen zu besetzen. Die Personalkosten des Bundes stiegen mehr als doppelt so stark wie die Lohn- und Gehaltssumme der wirtschaftlichen Unternehmungen (+6%).

Struktur der Bundesausgaben

	1966	1967	1968	
	Erfolg	vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) / Abnahme (—)	Bundesvoranschlag ¹⁾
Mill. S				
I. Ordentliche Gebarung der Hoheitsverwaltung				
Personalaufwand für Aktive	10 608	12 454	+ 1 846	13 561
Pensionen	3 315	3 687	+ 372	3 801
Beihilfen, Renten Unterstützungen	8 521	9 400	+ 879	10 302
Zuschüsse an Sozialversicherungsträger	7 083	8 050	+ 967	8 578
Subventionen	3 578	3 094	— 484	3 007
Staatsschuld	4 101	4 088	— 13	5 503
davon Tilgung	2 569	2 378	— 191	3 029
Brutto-Investitionen der ordentlichen Gebarung	2 791	3 282	+ 491	3 686
Instandhaltung u. Reparaturen	826	887	+ 61	953
Investitionsförderung der ordentlichen Gebarung	1 267	1 590	+ 323	1 769
Leistungen aus dem Titel des Staatsvertrages	392	190	— 202	200
Landesverteidigung (ohne Personalaufwand, s. o.)	1 717	1 888	+ 171	1 962
Erwerb von Vermögenswerten	820	766	— 54	881
Laufende Transfers an Länder und Gemeinden	848	780	— 68	1 368
Übriger Sachaufwand (Resipost)	4 928	5 367	+ 439	5 534
Summe I	50 795	55 523	+ 4 728	61 105¹⁾
II. Ordentliche Gebarung der Monopole und Betriebe				
Personalaufwand für Aktive	7 679	8 418	+ 739	8 774
Pensionen	3 755	4 186	+ 431	4 462
Betriebsaufwand	4 298	4 970	+ 672	4 579
Instandhaltung	904	927	+ 23	737
Brutto-Investitionen der ordentlichen Gebarung	1 529	2 284	+ 755	2 300
Summe II	18 165	20 785	+ 2 620	20 852¹⁾
III. Außerordentliche Gebarung				
Landesverteidigung	615	615	—	607
A. o. Investitionen der Hoheitsverwaltung	816	956	+ 140	960
A. o. Investitionen der Betriebe	648	930	+ 282	938
A. o. Förderung der Landwirtschaft („Grüner Plan“)	555	410	— 145	410
Elektrizitätsförderungsgesetz	300	300	—	300
Internationale Finanzinstitutionen	48	188	+ 140	255
Sonstige a. o. Ausgaben (Darlehen, Kapitalerwerb, Liegenschaften usw.)	316	345	+ 29	412
Summe III	3 298	3 744	+ 446	3 882¹⁾
Gesamtausgaben (I bis III)	72 258	80 052	+ 7 794	85 839¹⁾

¹⁾ Einschließlich des halben Eventualbudgets.

Personalaufwand

	1966	1967	1968	
	Erfolg	vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) / Abnahme (—)	Bundesvoranschlag
Mill. S				
Löhne und Gehälter der Aktiven				
Hoheitsverwaltung	10 608	12 454	+ 1 846	13 561
Monopole u. Betriebe	7 679	8 418	+ 739	8 774
Summe	18 287	20 872	+ 2 585	22 335
Pensionen				
Hoheitsverwaltung	3 315	3 687	+ 372	3 801
Monopole u. Betriebe	3 755	4 186	+ 431	4 462
Summe	7 070	7 873	+ 803	8 263
Insgesamt				
Hoheitsverwaltung	13 923	16 141	+ 2 218	17 362
Monopole u. Betriebe	11 434	12 604	+ 1 170	13 236
Summe	25 357	28 745	+ 3 388	30 598

Für *soziale Transferzahlungen* (Beihilfen, Renten und Unterstützungen, ohne Pensionen) gab der Bund 9 40 Mrd. S aus, um 10% (0 88 Mrd. S) mehr als 1966. Der weitaus größte Teil des Mehraufwandes entfiel auf Familienbeihilfen (+0 68 Mrd. S oder 13%), die Anfang 1967 kräftig erhöht wurden, um die zusätzlichen Belastungen auszugleichen, die kinderreichen Familien aus dem teilweisen Abbau von Nahrungsmittel-Preisstützungen erwuchsen.

Die Pensionsdynamik (Pensionsanpassungsgesetz 1965) erfordert wachsende Bundeszuschüsse an die *Sozialversicherung*. Sie stiegen um 14% (0 97 Mrd. S) auf 8 05 Mrd. S. Die Bundeszuschüsse decken den Abgang der Sozialversicherungsträger und ermöglichen ihnen eine bescheidene Reservenbildung.

Beihilfen, Renten und Unterstützungen

	1966	1967		1968
	Erfolg	vorläufiger Erfolg	Zunahme(+) Abnahme(-)	Bundesvoranschlag
	Mill. S			
Familienbeihilfen	5 324	6 005	+ 681	6 514
Kriegsopferfürsorge	1 764	1 800	+ 36	2 015
Arbeitslosenunterstützungen	1 035	1 110	+ 75	1 236
Opferfürsorge und Kleinentner	109	115	+ 6	119
Stipendien	85	110	+ 25	115
Sonstiges	204	260	+ 56	303
	8 521	9 400	+ 879	10 302

Der Aufwand des Bundes für *Subventionen* und Preisstützungen konnte erstmals seit Jahren merklich verringert werden. Er sank um 0,48 Mrd. S (13%) auf 3,09 Mrd. S, annähernd den Stand von 1962. Die teilweise Überwälzung der Nahrungsmittelsubventionen auf die Konsumenten hätte größere Einsparungen erwarten lassen, doch mußten zusätzliche öffentliche Mittel bereitgestellt werden, um den Absatz der Rekordproduktion an Brotgetreide und Milch zu sichern. Der Milch- und Brotgetreidepreisausgleich erforderte 260 Mill. S mehr, als im Voranschlag vorgesehen war.

Subventionen

	1966	1967		1968
	Erfolg	vorläufiger Erfolg	Zunahme(+) Abnahme(-)	Bundesvoranschlag
	Mill. S			
Brotgetreide	620	438	-182	381
Milch	1 910	1 546	-364	1 656
Sonstige Lebensmittel	78	70	- 8	120
Futtermittel	295	288	- 7	191
Düngemittel	298	302	+ 4	164
Bergbauhilfe	49	50	+ 1	80
Subventionen an die übrige Wirtschaft	208	260	+ 52	279
Entwicklungshilfe	120	140	+ 20	136
	3 578	3 094	-484	3 007

Für den *Schuldendienst* wurden 4,09 Mrd. S ausgegeben, etwa gleich viel wie 1966. 1,7 Mrd. S entfielen auf Zinsen und Spesen, 2,4 Mrd. S auf Tilgungen.

Das *Investitionsbudget* des Bundes wurde stark ausgeweitet, wofür ursprünglich wachstumspolitische Überlegungen maßgeblich waren (Umschichtungen der Budgetausgaben von konsumfördernden zu investitionsfördernden Zwecken). Die zusätzlichen Investitionen, die hauptsächlich den heimischen Investitionsgüterindustrien zugute kamen, erwiesen sich im Laufe des Jahres als eine wichtige Konjunkturstütze. Insgesamt gab der Bund 11,59 Mrd. S für investitionsähnliche Zwecke aus, um 20% (1,93 Mrd. S) mehr als im Vorjahr. Der Mehraufwand entspricht etwa dem gesamten Investitionszuwachs der österreichischen Wirtschaft (in den übrigen Bereichen

der Wirtschaft hielten sich Investitionszuwächse und -einschränkungen annähernd die Waage). Für Eigeninvestitionen des Bundes wurden 7,45 Mrd. S (1,67 Mrd. S oder 29% mehr als 1966), für Instandhaltung 1,81 Mrd. S (1% mehr) und für Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft 2,13 Mrd. S (0,24 Mrd. S oder 13% mehr) bereitgestellt. Der Investitionsstoß kam hauptsächlich den Bundesbetrieben (ÖBB, Post) und erst in zweiter Linie der Hoheitsverwaltung (Straßenbau und Hochbau) zugute. Es ist allerdings eine offene Frage, ob die vom Bund bereitgestellten Finanzierungsmittel zu einer entsprechenden Steigerung der tatsächlichen Investitionen geführt haben. Wahrscheinlich wurden auch alte Rechnungen bezahlt, zumal die Firmen bei schwacher Konjunktur kaum bereit sind, öffentliche Aufträge auf längere Sicht vorzufinanzieren.

Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung

	1966	1967		1968
	Erfolg	vorläufiger Erfolg	Zunahme(+) Abnahme(-)	Bundesvoranschlag ¹⁾
	Mill. S			
I. Hoheitsverwaltung				
Straßen und Brücken	2 346	2 817	+ 471	3 070
Hochbauten	729	804	+ 75	848
Wasserbau und sonstige Bauten	73	82	+ 9	76
Inventar, Maschinen, Fahrzeuge	458	535	+ 77	652
Investitionen insgesamt	3 606	4 238	+ 632	4 646
Instandhaltung	884	887	+ 3	953
II. Bundesbetriebe und Monopole				
Bundesbahnen	1 294	1 750	+ 456	1 801
Post	766	1 340	+ 574	1 297
Sonstige	118	124	+ 6	140
Investitionen insgesamt	2 178	3 214	+1 036	3 238
Instandhaltung	904	927	+ 23	737
III. Investitionsförderung				
Wohnungsbau	205	195	- 10	215
Land- und Forstwirtschaft	917	1 136	+ 219	1 023
Industrie, Gewerbe, Handel	264	188	- 76	167
Forschung und Wissenschaft	164	296	+ 132	267
Sonstige Darlehen und Zuschüsse	339	315	- 24	410
Summe III	1 889	2 130	+ 241	2 082
Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung insgesamt				
	9 661	11 593	+1 932	11 853 ¹⁾
davon Brutto-Investitionen	5 784	7 452	+1 668	7 884
Instandhaltung	1 788	1 814	+ 26	1 690
Militärische Bauten	200	197	- 3	197
Investitionsförderung	1 889	2 130	+ 241	2 082

¹⁾ Einschließlich des halben Eventualbudgets

Für die *Landesverteidigung* wurden 3,76 Mrd. S ausgegeben, um 0,30 Mrd. S oder 9% mehr als im Vorjahr. Die „Wehrquote“ (Anteil der Wehrausgaben am Brutto-Nationalprodukt) stieg von 1,3% auf 1,4%, blieb aber unter dem bisherigen Höchstwert von 1964 (1,5%). Zum Vergleich sei erwähnt, daß andere neutrale Staaten für diese Zwecke zwei- bis dreimal soviel Mittel aufwenden (Schweiz 1966 2,5%, Schweden 1965 4,4%).

Einnahmen

Die *Gesamteinnahmen* des Bundes erreichten 1967 72 30 Mrd. S, um 3 74 Mrd. S oder 5 1/2% mehr als im Vorjahr. Die Steigerungsrate lag knapp unter jener des Nationalprodukts (6%), obwohl die Tarife kräftig erhöht wurden. Die *Bundeseinnahmen* fielen vor allem deshalb enttäuschend aus, weil die Steuer- und Abgabenerträge nahezu stagnierten (+1 1/2%). Dagegen wuchsen die Einnahmen der Monopole und Betriebe ebenso wie die sonstigen Einnahmen des Bundes um 11%.

zur Einkommen- und Körperschaftsteuer) aus, dessen Einnahmen im Kapitel öffentliche Abgaben als Durchlaufposten aufscheinen. Schließlich scheint der ab 1967 geltende neue Finanzausgleich die Länder und Gemeinden zu Lasten des Bundes zu begünstigen.

Von den *direkten Steuern* brachte die veranlagte Einkommensteuer (6 77 Mrd. S) um 0 42 Mrd. S oder 7% und die Gewerbesteuer (4 64 Mrd. S) um 0 09 Mrd. S oder 2% mehr, die Körperschaftsteuer (2 40 Mrd. S) dagegen um 0 15 Mrd. S oder 6% weniger

Struktur der Bundeseinnahmen

	1966	1967		1968
	Erfolg	vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) / Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
Mill. S				
I. Laufende Einnahmen der Hoheitsverwaltung				
Steuern und Abgaben	38 789	39 284	+ 495	43 502
Steuerähnliche Einnahmen	7 838	8 618	+ 780	9 332
Katastrophenfonds	—	498	+ 498	534
Laufende Beiträge der Länder und Gemeinden	526	862	+ 336	910
Überweisungen a. d. Ausland	562	177	— 385	101
Zinsen	316	417	+ 101	50
Darlehensrückflüsse	302	194	— 108	256
Gewinnanteile und Vermögenserträge	996	1 070	+ 74	1 073
Veräußerungserlöse	289	270	— 19	354
Pensionsbeiträge d. Beamten	323	365	+ 42	389
Postsparkassa	565	597	+ 32	638
Laufende Ressort-einnahmen u. Kostenersätze (Restpost)	2 369	2 607	+ 238	2 715
Summe I	52 875	54 959	+2 084	59 854
II. Einnahmen der Monopole und Bundesbetriebe				
Monopole	1 307	1 315	+ 8	1 392
Post	5 692	6 987	+1 295	7 000
Bundesbahnen	7 530	7 981	+ 451	8 215
Sonstige Betriebe	1 134	1 026	— 108	1 193
Summe II	15 663	17 309	+1 646	17 800
Ordentliche Einnahmen (I + II)	68 538	72 268	+3 730	77 654
III. Außerordentliche Einnahmen				
Einnahmen insgesamt (Summe I bis III)	25	33	+ 8	
Summe I bis III	68 563	72 301	+3 738	77 654

An *öffentlichen Abgaben* gingen brutto 61 95 Mrd. S (+2 83 Mrd. S oder 5%) und netto (nach Abzug der Ertragsanteile und der Überweisungen an autonome Fonds) 39 28 Mrd. S (+0 50 Mrd. S oder 1%) ein. Die direkten Steuern wuchsen (brutto) etwas stärker (+6%) als die indirekten (+4%). Zwischen den Zuwachsraten der Bruttoerträge (+5%) und der Nettoerträge (+1%) bestand eine auffallend große Diskrepanz. Sie erklärt sich zum Teil daraus, daß reine Bundesabgaben wie etwa die Zölle und die Körperschaftsteuer niedrigere Erträge abwarfen als im Vorjahr, wogegen sich die gemeinschaftlichen Abgaben (an denen die Länder und Gemeinden partizipieren) relativ günstig entwickelten. Ferner wirkte sich die Einführung des Katastrophenfonds (3%iger Zuschlag

Steuern und steuerähnliche Einnahmen

	1966	1967		1968
	Erfolg	vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) / Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
Mill. S				
A. Steuern				
1 Direkte Steuern				
Einkommensteuer	6 357	6 774	+ 417	7 600
Lohnsteuer	7 079	7 444	+ 365	6 500
Körperschaftsteuer	2 550	2 397	— 153	2 640
Vermögenssteuer	744	869	+ 125	900
Gewerbesteuer	4 546	4 640	+ 94	5 000
Beiträge zum WWF	1 609	1 672	+ 63	
Beiträge f. d. Länder zur Wohnbauförderung	724	752	+ 28	2 528
Beiträge f. d. Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds	483	502	+ 19	505
Wohnbauförderungsbeitrag	635	651	+ 16	675
Beiträge f. d. Katastrophenfonds	—	498	+ 498	534
Sonstige direkte Steuern	394	394	—	361
Summe 1	25 121	26 593	+1 472	27 243
2 Indirekte Steuern				
Umsatzsteuer	14 909	15 213	+ 304	17 577
Zölle	4 825	4 551	— 274	4 900
Tabaksteuer	2 845	3 111	+ 266	3 380
Mineralölsteuer	4 105	4 691	+ 586	5 130
Biersteuer	581	607	+ 26	610
Weinsteuer, Branntweinabgabe usw.	196	209	+ 13	210
Rechnungsstempel	2 451	2 508	+ 57	3 676
Beförderungsteuer	663	785	+ 122	810
Grunderwerbsteuer	471	481	+ 10	480
Versicherungssteuer	384	445	+ 61	500
Kraftfahrzeugsteuer	534	590	+ 56	630
Erbschaftsteuer	258	264	+ 6	300
Erbschaftsteueräquivalent	288	321	+ 33	340
Außenhandelsförderungsbeitrag	268	281	+ 13	280
Sonstige Gebühren u. Abgaben	1 228	1 304	+ 76	1 402
Summe 2	34 006	35 361	+1 355	40 225
Öffentliche Abgaben brutto	59 127	61 954	+2 827	67 468
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	20 338	22 670	+2 332	23 966
Öffentliche Abgaben netto (A)	38 789	39 284	+ 495	43 502
B. Steuerähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	1 296	1 360	+ 64	1 355
Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds	4 965	5 701	+ 736	6 382
Beiträge zum Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds	552	572	+ 20	575
Sonderbeiträge gem. § 12 Wohnungsbeihilfengesetz	372	385	+ 13	395
Zweckgebundene Einnahmen für Preisausgleichsfonds	638	585	— 53	610
Sonstige	15	15	—	15
Summe B	7 838	8 618	+ 780	9 332

ein als 1966. Das Aufkommen an Körperschaftsteuer ist, hauptsächlich infolge der schlechten Ertragslage vieler verstaatlichter Unternehmungen, schon seit 1965 rückläufig. Der bisher stark steigende Lohnsteuerertrag erreichte nur 7,44 Mrd. S, um 0,36 Mrd. S oder 5% mehr als 1966. Auf Grund der Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme wäre ein Mehrertrag von mindestens 12% zu erwarten gewesen. Außer der großen Steuerreform ab 1. Oktober dürfte die 1967 bereits ganzjährig wirksame kleine Steuerreform, die eine großzügige Behandlung von Sonderausgaben sichert, größere Steuerausfälle verursacht haben. Der 1967 erstmalig eingehobene 3%ige Zuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer für den Katastrophenfonds brachte 0,50 Mrd. S.

Vom Ertrag der *indirekten Steuern* (35,36 Mrd. S) entfielen 15,21 Mrd. S (+0,30 Mrd. S oder 2%) auf die Umsatzsteuer. Dennoch blieb auch ihr Aufkommen, das sich im allgemeinen parallel zum Brutto-Nationalprodukt entwickelt, weit hinter den Erwartungen zurück. Das hing zum Teil damit zusammen, daß die Importe stagnierten (niedrige Ausgleichsteuererträge), wogegen die relativ günstigen Exporte höhere Umsatzsteuer-Rückvergütungen erforderlich machten. Außerdem schmälerte die Verlagerung von industriell-gewerblichen zu landwirtschaftlichen Umsätzen den Steuerertrag, da Umsätze von landwirtschaftlichen Produkten steuerfrei sind oder zu ermäßigten Sätzen besteuert werden. Die Zölle (4,55 Mrd. S) warfen um 0,27 Mrd. S (—6%) weniger, die Verbrauchsteuern (8,63 Mrd. S) um 0,90 Mrd. S (+12%) und die Gebühren und Verkehrssteuern (6,97 Mrd. S) um 0,42 Mrd. S (6%) mehr ab als 1966.

An *steuerähnlichen Einnahmen*, die hauptsächlich von der Lohnsumme bemessen werden, gingen 8,62 Mrd. S ein, um 0,78 Mrd. S oder 10% mehr als im Vorjahr. Auch die *sonstigen Einnahmen* der Hoheitsverwaltung, hauptsächlich Kostenersätze, Vermögenserträge, Veräußerungserlöse und Darlehensrückflüsse, stiegen beträchtlich, und zwar um 0,81 Mrd. S oder 13% auf 7,06 Mrd. S, wofür jedoch hauptsächlich die Dotation des Katastrophenfonds verantwortlich war.

Monopole und Betriebe hatten 17,31 Mrd. S Einnahmen, um 1,65 Mrd. S oder 11% mehr als im Vorjahr. Die Post nahm um 1,30 Mrd. S (23%) und die Bundesbahn um 0,45 Mrd. S (6%) mehr ein, haupt-

sächlich weil die Tarife kräftig erhöht wurden. Dennoch erhöhte sich das Nettodefizit der Betriebe und Monopole von 2,50 Mrd. S (1966) auf 3,48 Mrd. S. Allerdings verrechnen die Betriebe auch viele wertvermehrnde Investitionen (die Post z. B. die Aufwendungen für die Automatisierung) in der ordentlichen Gebarung.

Stand der Finanzschuld des Bundes¹⁾

	1965		1966		1967	
	Stand	Ver- änderung	Stand	Ver- änderung	Stand	Ver- änderung
Mill. S						
I. Auslandschuld						
davon						
Titrierte Schuld	1.637	— 90	1.903	+ 266	5.724	+3.821
Nicht-titrierte Schuld	2.720	— 546	1.778	— 942	1.476	— 302
Summe I	4.357	— 636	3.681	— 676	7.200	+3.519
II Inlandschuld						
1. Fundierte Schuld	21.563	+1.529	22.407	+ 844	23.414	+ 1.007
davon titriert	15.675	+1.682	16.287	+ 612	17.211	+ 924
nicht titriert	5.888	— 153	6.120	+ 232	6.203	+ 83
2. Schwebende Schuld	2.357	+ 75	3.189	+ 832	3.965	+ 776
Summe II	23.920	+1.604	25.596	+1.676	27.379	+1.783
Gesamte Bundesschuld	28.277	+ 968	29.277	+1.000	34.579	+ 5.302
davon kurzfristig ²⁾	532	+ 66	827	+ 295	215	— 612
mittelfristig ³⁾	2.978	— 337	2.827	— 151	7.368	+4.541
langfristig ⁴⁾	24.767	+1.239	25.623	+ 856	26.996	+1.373

¹⁾ Jeweils zu Jahresende — ²⁾ Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr. — ³⁾ Laufzeit 1 bis 5 Jahre. — ⁴⁾ Laufzeit länger als 5 Jahre

Infolge der expansiven Budgetpolitik wuchs die *Finanzschuld* des Bundes 1967 um 5,30 Mrd. S (18%) auf 34,58 Mrd. S. Bezogen auf das Brutto-Nationalprodukt war sie mit 12,5% etwas höher als in der ersten Hälfte der sechziger Jahre (12%), aber niedriger als Anfang der fünfziger Jahre (1950 21%) und vor dem Zweiten Weltkrieg (1937 36%). Für den Schuldendienst (Tilgung und Verzinsung) mußten 4,1 Mrd. S aufgewendet werden, nicht mehr als 1966. 1969 werden allerdings die Tilgungen sprunghaft steigen (auf etwa 6 Mrd. S), da ein Teil der 1967 aufgenommenen Schulden nur eine kurze Laufzeit hat. Die durchschnittliche Verzinsung der Staatsschuld betrug 5,4%, gegen 5,3% in den Jahren 1964 bis 1966. 1961 hatte sie 4,5% und 1937 3,7% betragen. Die Unterschiede in der Verzinsung erklären sich nur teilweise aus Schwankungen in den Marktzinssätzen. Außerdem spielt der mehr oder minder große Anteil von „Sonderschulden“, die nicht zu marktgemäßen Konditionen aufgenommen werden, eine Rolle.

Anton Kausel